



Bauleitplanung der Stadt Wetter
Stadtteile Mellnau, Todenhausen, Wetter

Begründung zur
**Änderung des Flächennutzungsplanes
im Bereich des Bebauungsplanes
Sondergebiet
„Bereich für Windenergieanlagen
zwischen Sonnabendskopf und Galgen-Berg“**

Vorentwurf

Planstand: 24.04.2014

Bearbeitung:

Dipl.-Geogr. M. Wolf (Stadtplaner AKH / SRL)
Dipl.-Geogr. J. Adler (Stadtplaner AKH)

Planungsbüro Holger Fischer

Konrad-Adenauer-Straße 16, 35440 Linden, Tel. 06403/9537-0, Fax 06403/9537-30
E-Mail: fischer@fischer-plan.de / Internet: www.fischer-plan.de

Inhalt

1	Vorbemerkungen	4
1.1	Planziel und Planerfordernis	4
1.2	Verfahrensstand	5
1.3	Räumlicher Geltungsbereich.....	6
1.4	Übergeordnete Planungen.....	6
2	Inhalt und Festsetzungen	11
2.1	Art der baulichen Nutzung (BauGB, BauNVO)	11
3	Landschaftspflege und Naturschutz.....	11
3.1	Umweltprüfung und Umweltbericht	11
3.2	Artenschutz und Schutzgebiete	12
4	Wasserwirtschaft und Grundwasserschutz	12
4.1	Wasserversorgung und Schonung der Grundwasservorkommen.....	12
4.2	Abwasserbeseitigung.....	13
4.3	Abflussregelung	13
4.4	Wasserschutzgebiete	13
5	Verkehrsanlagen, Ver- und Entsorgungsleitungen, Infrastruktur	14
5.1	Straßen und Verkehrsflächen	14
5.2	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	14
5.3	Brandschutz.....	14
6	Immissionsschutz.....	14
7	Denkmalschutz	15
8	Altlasten	15
9	Bodenordnung.....	15

Abbildung 1: Räumlicher Geltungsbereich der FNP-Änderung

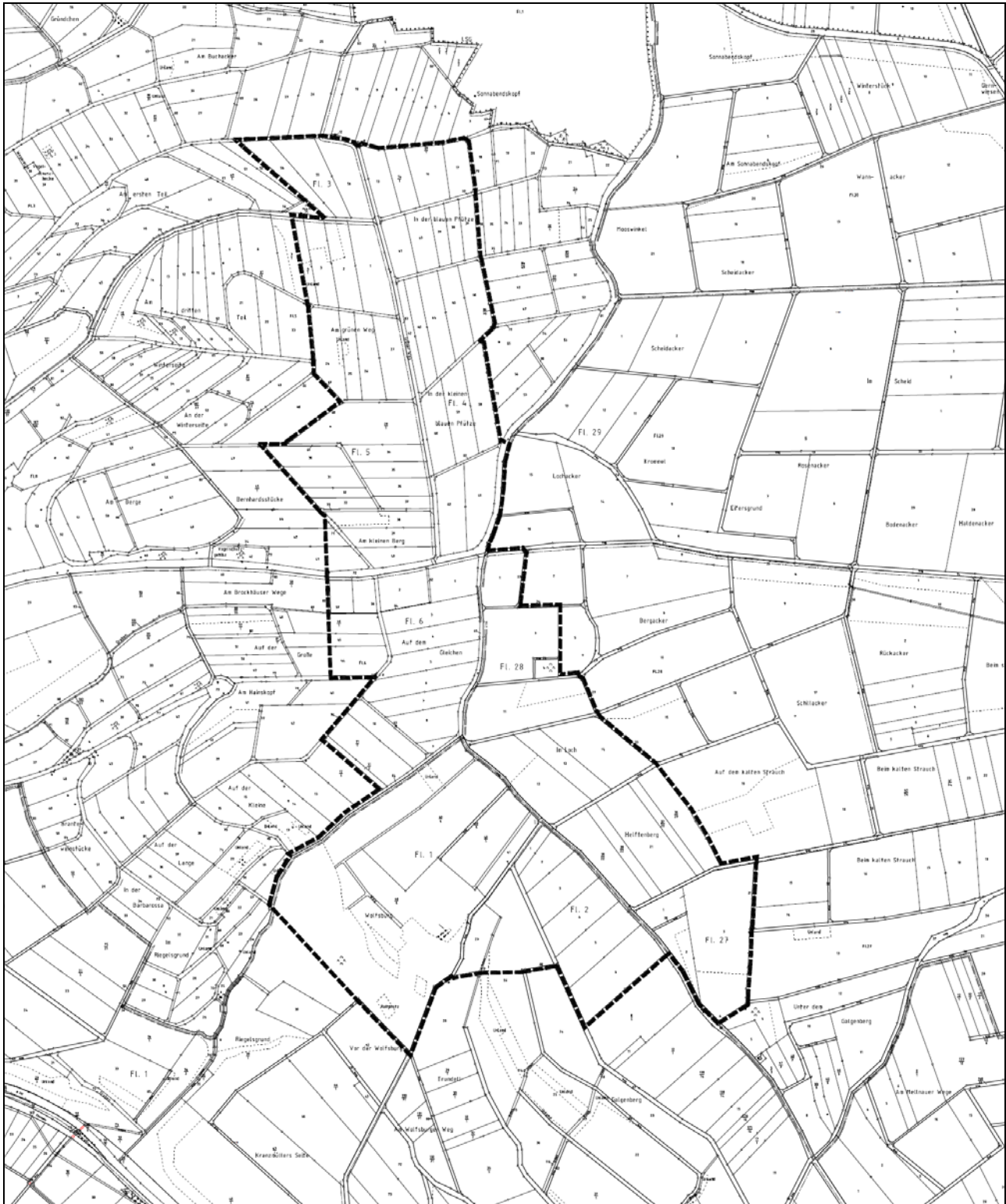


Abbildung ohne Maßstab, genordet

1 Vorbemerkungen

1.1 Planziel und Planerfordernis

Die Bedeutung der Windenergienutzung zur Gewinnung elektrischer Energie nimmt insbesondere im Hinblick auf die Belange der Luftreinhaltung, des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung stetig zu. Im Vergleich zur Nutzung fossiler Energieträger und der Atomenergie hat die Nutzung der Windenergie den Vorteil, dass sie sich einer unerschöpflichen Energiequelle bedient und dabei im Betrieb weder Luftschadstoffe, Reststoffe, Abfälle oder Abwärme verursacht noch ein atomares Risiko darstellt. Zudem erfolgt bei Windenergieanlagen bereits nach wenigen Betriebsjahren eine sog. energetische Amortisation, sodass die Anlagen ab diesem Zeitpunkt mehr Energie produzieren, als zur Herstellung und zum Betrieb der Anlage ursprünglich erforderlich gewesen ist. Vor diesem Hintergrund sowie im Zusammenhang mit dem rasanten technischen Fortschritt in den vergangenen Jahren kann festgehalten werden, dass die Stromproduktion aus Windenergieanlagen gegenwärtig zu den ertragreichsten Formen der Nutzung von erneuerbaren Energien zählt und im bundesdeutschen Durchschnitt noch vor der Nutzung von Wasserkraft und Biomasse den vergleichsweise größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien liefert.

Im Hinblick auch auf die Umsetzung der Verpflichtungen aus den Konferenzen von Rio und Kyoto ist der Bundesgesetzgeber bezüglich der Nutzung von CO₂-freier und erneuerbarer Energien, insbesondere auch der Windenergie, bereits Mitte der 1990er Jahre tätig geworden. Das am 01.01.1997 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuches (Gesetz vom 30.07.1996, BGBl. I, S.1189) privilegiert seit diesem Zeitpunkt die Errichtung von selbständigen Windenergieanlagen im Außenbereich durch Ergänzung des § 35 Abs.1 Nr.7 BauGB (a.F.). Windenergieanlagen sind demnach im Außenbereich gemäß § 35 Abs.1 Nr.5 BauGB bauplanungsrechtlich regelmäßig zulässig, wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist. Zudem haben sich mittlerweile auch die politischen Zielvorgaben der Bundesregierung, der hessischen Landesregierung und der jeweiligen Landkreise zur Thematik der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren geändert. So hat sich das Bundesland Hessen mit den Zielen und Eckpunkten für ein Hessisches Energiekonzept zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 insgesamt 20 % des Endenergieverbrauchs außerhalb des Verkehrssektors aus regenerativen Energien zu decken. Neben der verstärkten Nutzung der Biomasse- und der solaren Strahlungsenergie soll dieses Ziel insbesondere durch den Ausbau der Windenergienutzung erreicht werden. Als Ergebnis des Hessischen Energiegipfels 2011 wird zudem eine regionalplanerische Ausweisung von Windvorrangflächen in der Größenordnung von 2 % der Landesfläche empfohlen, sodass auch vor diesem Hintergrund von einer Zunahme der Standorte für Windenergieanlagen und dem zunehmenden Erfordernis einer planungsrechtlichen Steuerung, insbesondere auch in den ländlich geprägten Räumen, auszugehen ist.

Auch in der Stadt Wetter bestehen seitens eines privaten Entwicklers konkrete Planungen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Stadtgebiet, die in Einklang mit den kommunalen Zielvorstellungen und Überlegungen zur Entwicklung von Anlagenstandorten auf städtischen Flächen gebracht werden sollen. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetter hat daher zur Festlegung von Standorten für Windenergieanlagen in ihrer Sitzung am 21.06.2011 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen sowie für den Bereich des Plangebietes eine Veränderungssperre als Satzung erlassen, die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.03.2013 verlängert wurde. Zugleich soll der Flächennutzungsplan für den Bereich des Plangebietes gemäß § 8 Abs.3 Satz 1 BauGB im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes entsprechend geändert werden, ohne dabei künftig eine Ausschlusswirkung i.S.d. § 35 Abs.3 Satz 3 BauGB zu entfalten. Das Planziel der vorliegenden FNP-Änderung ist die Darstellung von Flächen für die Landwirtschaft und Wald gemäß § 5 Abs.2 Nr.9a und b überlagert durch die Festsetzung eines Sondergebietes gemäß § 1 Abs.1 Nr.4 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Bereich für Windenergieanlagen“.

Mit der Planung sollen auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung im Bereich des Plangebietes Flächen für Windenergieanlagen dargestellt werden, die dann im Bebauungsplan konkretisiert werden.

Zur Sicherung der Planung wurde zum Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan auch eine **Veränderungssperre** erlassen, die mittlerweile durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 19.03.2013 verlängert wurde. Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre entspricht dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes und der FNP-Änderung. In dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet dürfen Vorhaben i.S.d. § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden sowie erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigespflichtig sind, nicht vorgenommen werden. Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Veränderungssperre hat die Aufgabe, einen in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan davor zu schützen, dass bis zum Eintritt seiner Rechtswirksamkeit vollendete Tatsachen geschaffen werden, die seiner Verwirklichung entgegenstehen. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes im Parallelverfahren sollen die auf Basis der bisherigen Standortuntersuchung ermittelten Standorte für Windenergieanlagen städtebaulich in Bezug auf die Beeinträchtigung öffentlicher Belange (z.B. Landschaftsbild, Naturschutz, Denkmalpflege) sowie in Bezug auf den vorbeugenden Immissionsschutz gegenüber den betroffenen Anwohnern geordnet und gesteuert werden. Die informellen Planungen verschiedener Interessenten, die teilweise offensichtlich bereits einen hohen Grad der Planungsvorbereitung erreicht haben, machen es zwingend erforderlich, auf das Plansicherungsinstrument der Veränderungssperre zurückzugreifen. Aus städtebaulicher Sicht können so wirksam negative Entwicklungen verhindert werden, ohne dass positive Entwicklungen unzumutbar blockiert werden.

1.2 Verfahrensstand

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB	21.06.2011 Bekanntmachung: 30.06.2011
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB	09.05.2014 – 11.06.2014 Bekanntmachung: 08.05.2014
Frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs.1 BauGB	Anschreiben: 02.05.2014 Frist: 11.06.2014
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.2 BauGB	Bekanntmachung:
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.2 BauGB	Anschreiben: Frist:
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs.1 BauGB	

*Die Bekanntmachungen erfolgen im Wetteraner Bote.

Die Aufstellung der vorliegenden FNP-Änderung erfolgt im zweistufigen Regelverfahren mit Umweltprüfung.

1.3 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der FNP-Änderung und des Bebauungsplanes umfasst in den Gemarkungen Mellnau, Todenhausen und Wetter folgende Flurstücke und somit eine Fläche von rd. 59 ha:

Gemarkung Mellnau

Flur 4, Flurstücke 13,14/1, 16, 17, 37-46, 58-62, 72 teilweise (tlw.), 75 tlw., 78 tlw., 81 tlw., 82, 83 tlw.

Flur 28, Flurstücke 1, 3, 4, 11-14, 21, 24 tlw., 26, 27 tlw., 29 tlw., 30 tlw., 34 tlw., 36/20, 37/20, 38/22, 39/22.

Flur 27, Flurstücke 1, 2, 3 und 30

Gemarkung Todenhausen

Flur 5, Flurstücke 1, 2, 3, 4/1, 24-27, 28/1, 30-40, 41 tlw., 43 tlw., 44 tlw., 61/1 tlw., 68 tlw., 69 tlw., 70, 71 tlw., 72 tlw.

Flur 3, Flurstücke 54-56 und 79 tlw.

Flur 6, Flurstücke 1-10, 11/1, 11/2, 44, 45, 46/1, 56, 57, 61, 63, 64, 76 tlw., 84 tlw.

Gemarkung Wetter

Flur 2, Flurstücke 1-6, 26 tlw., 27, 40/1, 40/3, 40/4, 40/5 tlw., 41, 84 tlw., 85 tlw., 87 tlw., 113 tlw.

Das Plangebiet umfasst überwiegend Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden sowie im südlichen Bereich auch Waldflächen einschließlich der bestehenden landwirtschaftlichen Wege und sonstigen Zuwegungen.

Der nördliche Gemarkungsname (Flurkarte) wird als Sonnabendskopf bezeichnet, während die nördlich angrenzende Erhebung als Sonnwendkopf bezeichnet wird. In den Beschreibungen der verschiedenen Planungsinstrumente (Regionalplan, FNP, BP) werden beide Beschreibungen verwendet. Für den Bebauungsplan werden die Gemarkungsnamen Sonnabendskopf und Galgenberg verwendet.

1.4 Übergeordnete Planungen

Der Bereich des Plangebietes ist im **Regionalplan Mittelhessen 2010** überwiegend als *Vorranggebiet für Landwirtschaft* (6.3-1) sowie teilweise als *Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft* (6.1.1-2) dargestellt.

6.3-1 (Z)

In den *Vorranggebieten für Landwirtschaft* hat die landwirtschaftliche Nutzung Vorrang vor entgegenstehenden Nutzungsansprüchen. Die Agrarstruktur ist hier für eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu sichern und zu entwickeln.

In der Begründung zu den raumordnerischen Vorgaben in Kapitel 6.3 des Textteils zum Regionalplan wird diesbezüglich ausgeführt, dass *Vorranggebiete für Landwirtschaft* Flächen der Feldflur sind, die für die landwirtschaftliche Nutzung einschließlich Obst- und Gartenbau besonders geeignet sind und/oder die dauerhaft für diese Nutzung erhalten bleiben sollen. Die als *Vorranggebiet für Landwirtschaft* festgelegten Bereiche dienen ferner der langfristigen Sicherung von für eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden, ggf. unabhängig von gegenwärtigen Interessen der Flächennutzer. Sie bilden daneben

die räumlichen Schwerpunkte der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Damit dienen sie u.a. der verbrauchernahen Produktion, tragen zur Stabilisierung und Einkommenssicherung der ländlichen Räume bei und schaffen insbesondere im Verdichtungs- und Ordnungsraum durch die Flächenfreihaltung die Voraussetzungen für vielfältige Freiraumfunktionen. Im Zuge einer Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des Plangebietes wird die landwirtschaftliche Bodennutzung durch die insgesamt begrenzten Grundflächen von Windenergieanlagen und somit einer nur geringen Flächeninanspruchnahme künftig nicht in einem Existenz bedrohenden Maße eingeschränkt werden. Mithin kann eine die Errichtung von Windenergieanlagen erfolgen, ohne dass hiermit eine wesentliche Beeinträchtigung der Belange der Landwirtschaft einhergeht. Zudem werden die erforderlichen landwirtschaftlichen Wegebeziehungen im Zuge der weiteren Planung aufrechterhalten, sodass eine Befahrung mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Maschinen auch künftig möglich sein wird. Nicht zuletzt können auch durch die Rückbauverpflichtung nach Aufgabe der Windenergienutzung die Flächen wieder vollständig einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

6.1.1-2 (G)

Die *Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft* sollen als ergänzende Bestandteile eines überörtlichen Biotopverbundsystems gesichert und entwickelt werden. Den gebietsspezifischen Erhaltungs- und Entwicklungszielen von Naturschutz und Landschaftspflege soll ein besonderes Gewicht gegenüber entgegenstehenden Nutzungsansprüchen, Planungen und Maßnahmen gegeben werden. Eine biotopangepasste Nutzung, Bewirtschaftung und Pflege ist zulässig und zu fördern. In den *Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft* sollen die Entwicklung und der Verbund naturraumtypischer Lebensräume und Landschaftsbestandteile gefördert werden.

In der Begründung zu den raumordnerischen Vorgaben in Kapitel 6.1.1 des Textteils zum Regionalplan wird diesbezüglich ausgeführt, dass im Zuge der Aufstellung des Regionalplans die aus naturschutzfachlicher Sicht wünschenswerten *Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft* mit anderen Ansprüchen an den Freiraum abgewogen wurden. Bei allen Planungen und Maßnahmen, die diese Gebiete tangieren, sollen die hervorgehobenen Erfordernisse zugunsten der Entwicklung von Flächen für den Biotopverbund berücksichtigt werden. Hierbei muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass sich die Umsetzung der sog. Energiewende auf der örtlichen Ebene nur vollziehen kann, wenn den Erneuerbaren Energien ebenfalls in zunehmendem Maße ein Anspruch auf Raumnutzung eingeräumt werden kann.

Im Übrigen kann festgehalten werden, dass die *Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft* als Grundsatz der Raumordnung einer Abwägung prinzipiell zugänglich sind. In diesem Sinne wird es für zulässig erachtet, den Bereich des Plangebietes auch den Bereich umfassen zu lassen, für den im Regionalplan ein *Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft* festgelegt ist. Im Rahmen der Umweltprüfung zum Bebauungsplan und der erforderlichen Flächennutzungsplan-Änderung erfolgt darüber hinaus eine entsprechende Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft.

Der Regionalplan Mittelhessen 2010 beinhaltet darüber hinaus verschiedene Ziele und Grundsätze zur ressourcen- und klimaschonenden Energieerzeugung innerhalb der Planungsregion Mittelhessen und somit unter anderem auch hinsichtlich der Windenergienutzung:

7.2.2-1 (Z)

Raumbedeutsame Windenergieanlagen sind in den festgelegten *Vorranggebieten für Windenergienutzung* zu bündeln. In diesen Vorranggebieten hat die Nutzung der Windenergie Vorrang vor entgegenstehenden Nutzungen, Planungen und Maßnahmen. Sie sind auch für das Repowering zu nutzen. Diese Gebiete sind nicht parzellenscharf. Außerhalb dieser Vorranggebiete sind raumbedeutsame Windenergieanlagen ausgeschlossen (§ 6 Abs. 3 Satz 2 HLPg). Die Regelung des Landesentwicklungsplanes Hessen 2000 zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen in *Vorranggebieten Industrie und Gewerbe* (LEP 2000, Planziffer 11.1) bleibt unberührt.

7.2.2-2 (Z)

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen in *Vorranggebieten für Windenergienutzung*, die Wald umfassen, sind Rodungen nur in dem für den Bau der Anlagen notwendigen Umfang zulässig. Rodungen zur Erhöhung der Windgeschwindigkeit kommen nicht in Betracht.

7.2.2-3 (G)

Die gemeindliche Bauleitplanung soll durch entsprechende Darstellungen und Festsetzungen dafür Sorge tragen, dass die mit der Ausweisung der *Vorranggebiete für Windenergienutzung* verfolgten regionalplanerischen Ziele in Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten bestmöglich umgesetzt werden.

7.2.2-4 (G)

Windenergieanlagen und die notwendigen Nebenanlagen sollen in Flächen sparerer Form errichtet werden. Zur Minderung der Fernwirkung soll die Farbgebung der Anlagen in landschaftsangepasster Farbe erfolgen.

Im Regionalplan Mittelhessen 2010 war im Gebiet der Stadt Wetter im Bereich „Sonnenwendskopf“ bereits ein *Vorranggebiet für Windenergienutzung (Planung)* östlich der Ortslage Todenhausen festgelegt. Mit Urteil vom 10.05.2012 wurde die bis dahin bestehende Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Mittelhessen 2010 als ein Ziel der Raumordnung jedoch vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH Kassel) für unwirksam erklärt, sodass die auf regionalplanerischer Ebene bislang bestehenden Zielvorgaben nunmehr keine Steuerungswirkung mehr entfalten. Als Konsequenz können die Städte und Gemeinden in der Planungsregion Mittelhessen auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung für die Windenergienutzung zunächst eigenständig Gebiete zur Verfügung stellen, ohne hierbei gemäß § 1 Abs.4 BauGB an die bislang regionalplanerisch festgelegten Vorranggebiete für die Windenergienutzung gebunden zu sein. Die Stadt Wetter strebt daher die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes in Verbindung mit einer entsprechenden Flächennutzungsplan-Änderung für den Bereich des Plangebietes an.

Die Regionalversammlung Mittelhessen hat jedoch bereits am 01.11.2011 die Aufstellung eines sachlichen **Teilregionalplanes Energie Mittelhessen** beschlossen. Bis zum Inkrafttreten des sachlichen Teilplans gelten die Regelungen des § 35 BauGB entsprechend. Am 18.12.2012 wurde der Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen und des Umweltberichts von der Regionalversammlung beschlossen, die Anhörung und Offenlegung des Planentwurfes wurde im Zeitraum vom 21.01.2013 bis 20.03.2013 durchgeführt.

In Kapitel 2.2 des Teilregionalplanes werden dabei die nachfolgenden raumordnerischen Ziele und Grundsätze bezüglich der Windenergienutzung in der Planungsregion Mittelhessen benannt, die nach Rechtswirksamkeit des Teilregionalplanes als raumordnerische Vorgaben zu beachten sind. In Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung sind dagegen in der kommunalen Bauleitplanung grundsätzlich zu berücksichtigen, wobei zum gegenwärtigen Zeitpunkt die raumordnerischen Planungsvorstellungen des Teilregionalplanes noch nicht den Charakter von in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung mit der rechtlichen Wirkung als sonstige Erfordernisse der Raumordnung aufweisen.

2.2-1 (Z)

Die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen ist nur in den festgelegten *Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie* zulässig. In diesen Vorranggebieten hat die Nutzung der Windenergie Vorrang vor entgegenstehenden Nutzungen, Planungen und Maßnahmen. Sie sind auch für das Repowering zu nutzen. Außerhalb dieser Vorranggebiete sind raumbedeutsame Windenergieanlagen ausgeschlossen (§ 8 Abs. 7 Raumordnungsgesetz).

2.2-2 (Z)

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen in *Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie*, die Wald (*Vorranggebiet für Forstwirtschaft*) umfassen, sind Rodungen nur in dem für den Bau der Windenergieanlagen, der Nebenanlagen, der Leitungen und der Zuwegung notwendigen Umfang zulässig. Rodungen zur Erhöhung der Windgeschwindigkeit sind unzulässig.

2.2-3 (G)

Sofern eine gemeindliche Bauleitplanung zur Konkretisierung der regionalplanerischen Festlegungen zur Windenergienutzung erfolgt, soll durch entsprechende Darstellungen und Festsetzungen dafür Sorge getragen werden, dass die mit der Ausweisung der *Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie* verfolgten regionalplanerischen Ziele in Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten bestmöglich umgesetzt werden.

2.2-4 (G)

Die ausgewiesenen *Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie* sollen effizient genutzt werden. Bei Gemeindegrenzen überschreitenden Gebieten sollen Planungen zur Errichtung von Windenergieanlagen koordiniert werden.

2.2-5 (G)

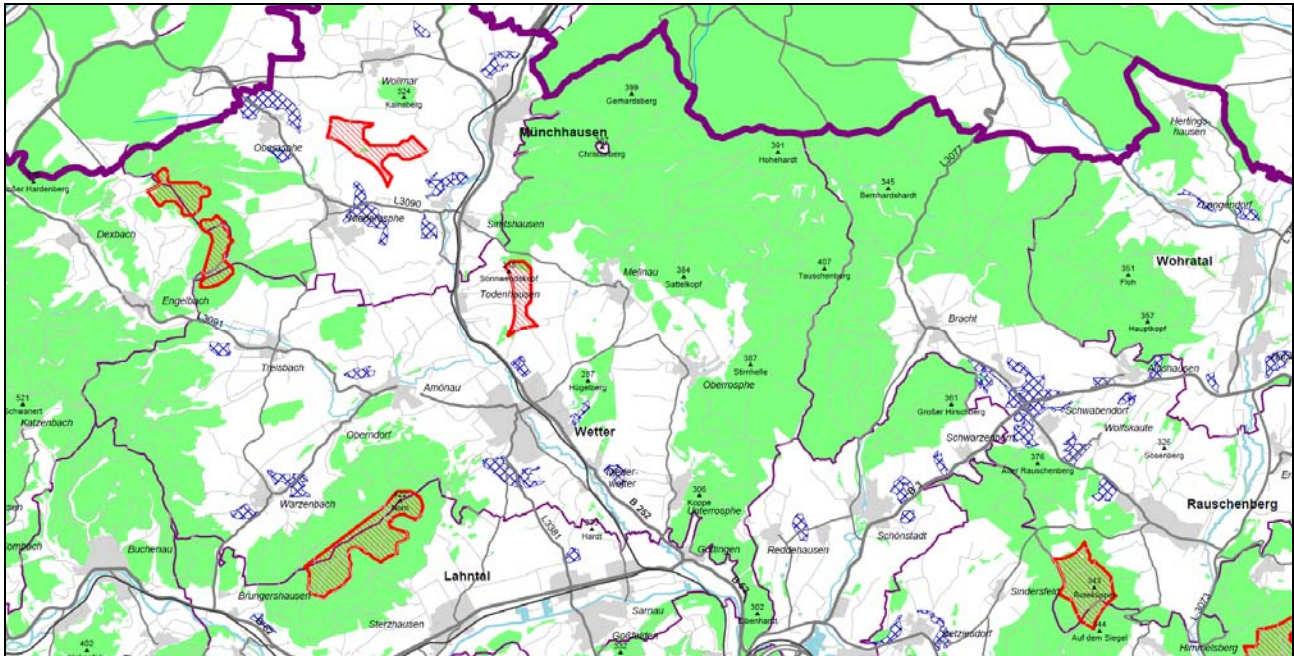
Windenergieanlagen und die notwendigen Nebenanlagen sowie Zuwegungen sollen in Flächen sparender Form errichtet werden. Im Rahmen von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sollen in Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten innovative Möglichkeiten geprüft werden, um die Wirkungen von Markierungen und Befeuerungen an den Anlagen auf das Landschaftsbild zu minimieren.

Der Entwurf des Teilregionalplanes beinhaltet im Stadtgebiet der Stadt Wetter bislang ein mögliches *Vorranggebiet zur Nutzung der Windenergie* im Bereich „Sonnenwendskopf“ und somit im Bereich des Plangebietes (siehe Abb. 2). Hinzu kommen Teilflächen zweier möglicher Vorranggebiete, die sich überwiegend im Gebiet von Münchhausen, Biedenkopf oder Lahntal befinden (Stand: Entwurf zur Anhörung und Offenlegung 2012). Der in Aufstellung befindliche Teilregionalplan weist gegenwärtig noch keine Rechtswirksamkeit auf und ist auch noch nicht als sog. sonstiges Erfordernis der Raumordnung im Rahmen der Anpassungspflicht des § 1 Abs. 4 BauGB zu werten. Jedoch wird davon ausgegangen, dass der Bebauungsplan künftig als an die Ziele der Raumordnung angepasst gelten kann.

Derzeit werden seitens des Regierungspräsidiums Gießen die im Rahmen der ersten Offenlegung des Teilregionalplan-Entwurfs eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und anschließend der Regionalversammlung Mittelhessen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Damit einher geht auch eine Überarbeitung des Teilregionalplans-Entwurfs. Der aktuelle Planungsstand zu möglichen Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie ist in der kürzlich veröffentlichten sog. **Arbeitskarte 11** enthalten. Die Arbeitskarte 11 stellt nach Angaben des Regierungspräsidiums Gießen die aktuelle Gebietskulisse zur Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie im Teilregionalplan Energie Mittelhessen dar. Es handelt sich dabei um mögliche Vorranggebiete, die nach Anwendung von sog. harten und weichen Ausschlusskriterien (vgl. Drucksache VIII/45a der Regionalversammlung Mittelhessen) sowie wichtiger, aus Gründen der Flugsicherung relevanter Restriktionsflächen und bestimmter naturschutzfachlicher Restriktionen verbleiben. Diese Gebiete werden in den weiteren Planungsschritten bis zur zweiten Offenlegung des Teilregionalplan-Entwurfs seitens des Regierungspräsidiums jedoch noch hinsichtlich weiterer raumordnerischer Restriktionskriterien, wie z.B. die Umfassung von Ortslagen und Denkmalschutz sowie bezüglich weiterer Eignungskriterien, geprüft. Insofern werden sich die Gebietsabgrenzungen bis zur Beschlussfassung der Regionalver-

sammlung über die zweite Offenlegung des Teilregionalplans voraussichtlich noch ändern. Der Bereich des Plangebietes ist auch in der o.g. Arbeitskarte weiterhin als mögliches Vorranggebiet enthalten.

Abbildung 2: Entwurf des Teilregionalplanes Energie Mittelhessen 2012



Quelle: Regierungspräsidium Gießen

Ausschnitt genordet, ohne Maßstab

Der **Flächennutzungsplan** der Stadt Wetter stellt für den Bereich des Plangebietes *Flächen für die Landwirtschaft und Wald* dar. Da Bebauungspläne gemäß § 8 Abs.2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind, steht die Darstellung des Flächennutzungsplans dem Bebauungsplan somit zunächst entgegen. Die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Planziel einer überlagernden Darstellung einer Sonderbaufläche nach § 1 Abs.1 Nr.4 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Bereich für Windenergieanlagen“ erfolgt im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs.3 Satz 1 BauGB zur Aufstellung des Bebauungsplanes.

Aktuelle Genehmigungsverfahren nach BImSchG

Für den vorliegenden Geltungsbereich (und außerhalb) wurde ein **Genehmigungsverfahren nach BImSchG** durch die e.n.o. energy GmbH aus Dresden für insgesamt 7 WEA vom Typ e.n.o. 92 mit 103m und 123m Nabenhöhe sowie 92,8m Rotordurchmesser und 2,2MW eingereicht. Mit Bescheid vom 14.01.2014 wurden bereits 2 Standorte abgelehnt, wobei sich ein Standort außerhalb (südlich) des Geltungsbereiches befindet. Der zweite Standort lag aus raumordnerischer Sicht zu nah an der Ortslage Todenhausen. Die Stadt Wetter hat in der Bauleitplanung (Bebauungsplan) auf die Versagung der Genehmigung reagiert und zwei Standorte verschoben, so dass nun im Geltungsbereich des Bebauungsplanes drei städtische Anlagen(standorte) und drei private Anlagenstandorte überplant bzw. für die Errichtung von WEA vorbereitet werden.

2 Inhalt und Festsetzungen

Gemäß § 1 Abs. 5 BauGB sollen Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Zur Ausführung dieser Grundnormen und zur Sicherung der angestrebten städtebaulich geordneten Entwicklung sind in Ausführung des § 1 Abs.3 BauGB die im Folgenden erläuterten zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in den vorliegenden Bebauungsplan aufgenommen worden.

2.1 Art der baulichen Nutzung (BauGB, BauNVO)

Die FNP-Änderung setzt für seinen Geltungsbereich zunächst bestandsorientiert gemäß § 5 Abs.2 Nr. 9a und b *Flächen für die Landwirtschaft und Wald* fest. Die zeichnerischen Festsetzungen werden durch die Darstellung einer Sonderbaufläche gemäß § 1 Abs.1 Nr.4 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Bereich für Windenergieanlagen“ überlagert¹.

3 Landschaftspflege und Naturschutz

3.1 Umweltprüfung und Umweltbericht

Bei der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen ist in der Regel nach § 2 Abs.4 BauGB eine Umweltprüfung für die Belange des Umweltschutzes durchzuführen. Im Rahmen der Umweltprüfung sind die voraussichtlichen, erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln und in einen Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Dabei legt die Gemeinde für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange des Umweltschutzes für die Abwägung erforderlich ist. Im Zuge der Bauleitplanung wird daher ein Umweltbericht erarbeitet, dessen Inhalt entsprechend der Anlage zu § 2 Abs.4 und § 2a BauGB aufbereitet wird. Nach § 2a BauGB ist der Umweltbericht Teil der Begründung zum Bauleitplan und unterliegt damit den gleichen Verfahrensschritten wie die Begründung an sich (u.a. Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange). Die Ergebnisse des Umweltberichts und die eingegangenen Anregungen und Hinweise sind in der abschließenden bauleitplanerischen Abwägung entsprechend zu berücksichtigen.

Da sowohl Flächennutzungspläne als auch Bebauungspläne einer UP bedürfen, wird auf die Absichtungs-

¹ Analog der derzeit in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan-Änderung hat sich die Stadt Wetter auch auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung dazu entschlossen, eine Doppelausweisung der Flächen vorzunehmen. Somit kann die bisher zulässige Land- und Forstwirtschaft im Grundsatz weiterbetrieben werden, obwohl die Flächen von einem Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Bereiche für Windenergieanlagen“ überlagert werden. Die Nutzung der Sondergebiete und das Maß der baulichen Nutzung sind durch die Darstellung der konkreten Standorte mittels Baugrenzen (Baufenster) und Flächen für Nebenanlagen sowie durch textliche Festsetzungen bestimmt. Zwar nimmt die eigentliche Bebauung nur eine kleine Fläche im gesamten Plangebiet ein, jedoch strahlen bauordnungsrechtliche Abstände in die umliegenden Flächen ein. Gleichzeitig wird durch die Anzahl der Standorte deutlich, dass diese sich auf das gesamte Sondergebiet beziehen und somit wieder, analog der Flächennutzungsplan-Änderung, der § 35 Abs.3 Satz 3 BauGB Beachtung findet. Neben den eigentlichen Anlagenstandorten soll aber auch Bauplanungsrecht für die Kabeltrassen und für den Ausbau des Wegenetzes geschaffen werden. Beide Eingriffe sind Folgewirkungen der Sondergebietsnutzungen und müssen daher dem Sondergebiet als solches zugeordnet werden.

regelung verwiesen. Der § 2 Abs.4 Satz 5 BauGB legt fest, dass die UP im Bauleitplanverfahren – wenn und soweit eine UP bereits auf einer anderen Planungsstufe durchgeführt wird oder ist- auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen beschränkt werden soll. Dabei ist es nicht maßgeblich, ob die Planungen auf den verschiedenen Ebenen der Planungshierarchie zeitlich nacheinander oder ggf. zeitgleich durchgeführt werden (z.B. Parallelverfahren nach § 8 Abs.3 Satz 1 BauGB). Die Abschichtungsmöglichkeit beschränkt sich ferner nicht darauf, dass eine UP auf der in der Planungshierarchie höherrangigen Planungsebene zur Abschichtung der UP auf der nachgeordneten Planungsebene genutzt werden kann, sondern gilt auch umgekehrt. Der Umweltbericht des Bebauungsplanes gilt daher auch für die FNP-Änderung.

Der Umweltbericht kann auch nach der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs.1 und § 4 Abs.1 BauGB erstellt und dann im Rahmen der Entwurfs offenlegung öffentlich ausgelegt werden, zumal die o.g. Verfahrensschritte dazu dienen, den Detaillierungsgrad der Umweltprüfung festzulegen. Der Umweltbericht wird daher zum Entwurf des Bebauungsplanes und der erforderlichen Flächennutzungsplan-Änderung erstellt und im Rahmen der Entwurfs offenlegung als **Anlage** zur Begründung mit ausgelegt.

3.2 Artenschutz und Schutzgebiete

Die Durchführung tierökologischer Untersuchungen und konkrete Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange im Zusammenhang mit windkraftrelevanten Großvogel- und Fledermausarten erfolgt auf Ebene der Bauleitplanung bei hinreichender Konkretisierung der Planung sowie unter Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Handlungsempfehlungen zur „Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen“ 2012 zum Entwurf des Bebauungsplanes und der erforderlichen Flächennutzungsplan-Änderung. Die Ergebnisse werden im Zuge des weiteren Aufstellungsverfahrens entsprechend berücksichtigt. Detailfragen der Eingriffsminimierung sind darüber hinaus auf Ebene der Vorhabenzulassung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu behandeln.

Der räumliche Geltungsbereich der FNP-Änderung befindet sich nicht innerhalb von ausgewiesenen Schutzgebieten.

4 Wasserwirtschaft und Grundwasserschutz

In Anlehnung an den Erlass zur Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher Belange in der Bauleitplanung (Staatsanzeiger für das Land Hessen vom 23.06.1997, S.1803) wird die Wasserversorgung und Schonung der Grundwasservorkommen, Abwasserbeseitigung und Abflussregelung im Bebauungsplan wie folgt behandelt:

4.1 Wasserversorgung und Schonung der Grundwasservorkommen

Bedarfsermittlung

Für die baulichen Anlagen und Nutzungen innerhalb des Plangebietes wird kein Trinkwasser benötigt.

Deckungsnachweis

Die Notwendigkeit des Nachweises besteht nicht.

Sicherstellung der Wasserqualität, Betriebliche Anlagen, Finanzierung

Kein Handlungsbedarf.

Versickerung und Entsiegelung

Der Bebauungsplan setzt fest, dass die im Bebauungsplan als Verkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung „Befestigter Feldweg (Bestand / Planung)“ festgesetzten Wege und Zufahrten sowie die Vormontage-, Lager- und Kranstellflächen in wasserdurchlässiger Weise als geschotterte Flächen auszubilden sind (2.7). Zudem wird mit den im Bebauungsplan enthaltenen bedingten und befristeten Festsetzungen gewährleistet, dass der durch die Befestigung der Vormontage- und Lagerflächen sowie durch die Befestigung der Kranstellflächen verursachte Eingriff in Natur und Landschaft auf den tatsächlich erforderlichen Zeitraum begrenzt bleibt. Auf Ebene der Flächennutzungsplanänderung besteht kein weiterer Handlungsbedarf.

4.2 Abwasserbeseitigung

Abwassermenge und -fracht

Da für die baulichen Anlagen und Nutzungen kein Trinkwasser benötigt wird und mithin kein entsprechendes Abwasser anfällt, besteht vorliegend kein weiterer Handlungsbedarf.

Anschlussmöglichkeit an vorhandene oder geplante Abwasseranlagen, Leistungsfähigkeit der Abwasseranlagen, Finanzierung

Kein Handlungsbedarf.

Möglichkeiten der Reduzierung der Abwassermenge, Nachweis der Gewässerbenutzung

Kein Handlungsbedarf.

4.3 Abflussregelung

Vorflutverhältnisse

Entfällt.

Dezentraler Hochwasserschutz, Erforderliche Hochwasserschutzmaßnahmen

Entfällt.

4.4 Wasserschutzgebiete

Der räumliche Geltungsbereich der FNP-Änderung befindet sich nicht innerhalb eines ausgewiesenen Trinkwasserschutzgebietes.

5 Verkehrsanlagen, Ver- und Entsorgungsleitungen, Infrastruktur

5.1 Straßen und Verkehrsflächen

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes ist Bestand und erfolgt ausgehend von der Bundesstraße B 252 über die vorhandenen landwirtschaftlichen Wege und sonstigen Zuwegungen innerhalb des Plangebietes, die im Bebauungsplan bestandsorientiert sowie unter Berücksichtigung voraussichtlich erforderlicher Ausbaumaßnahmen gemäß § 9 Abs.1 Nr.11 BauGB als Verkehrsflächen mit den besonderen Zweckbestimmungen „Befestigter Feldweg (Bestand / Planung)“, „Teilbefestigter Feldweg, Schotter (Bestand)“ oder „Grasig befestigter Feldweg (Bestand)“ planungsrechtlich gesichert werden. Somit kann die Befahrbarkeit mit land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen und Maschinen sowie mit Wartungsfahrzeugen auch künftig gewährleistet werden.

5.2 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Da für die baulichen Anlagen und Nutzungen kein Trinkwasser benötigt wird und mithin kein entsprechendes Abwasser anfällt, besteht vorliegend kein weiterer Handlungsbedarf.

5.3 Brandschutz

Auf Ebene der Bauleitplanung besteht diesbezüglich kein weiterer Handlungsbedarf. Verwiesen wird auf das einschlägige „Merkblatt Windenergieanlagen“ des Fachausschusses Brandschutz beim Ministerium des Innern und für Sport vom 23.05.2012 sowie auf die nachgelagerte Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

Nachrichtliche Übernahme (gemäß § 5 Abs.4 BauGB), Hinweise und Empfehlungen verschiedener Träger öffentlicher Belange, die bei nachfolgenden Planungen (Bebauungsplan, Bauantrag, Bauausführung, Erschließungsplanung usw.) beachtet werden müssen.

Zufahrten

Die Zufahrten sind gemäß § 4 Abs. 1 HBO herzustellen bzw. herzurichten. Die Befahrbarkeit der Zubringerwege und die Möglichkeit des Anfahrens zu den Objekten mit Feuerwehrfahrzeugen sind sicherzustellen.

Öffentliche Verkehrsflächen

Die öffentlichen Verkehrsflächen sind so anzulegen, dass sie hinsichtlich der Fahrbahnbreite und der Krümmungsradien mit den Fahrzeugen der Feuerwehr jederzeit und unbehindert befahren werden können. Bei der Sackgasse ist darauf zu achten, dass der sogenannte „Wendehammer“ auch für Feuerwehrfahrzeuge nutzbar ist. Zur ungehinderten Nutzung ist ein lichter Wendepplatz-Durchmesser von mind. 16,0 m erforderlich.

Die Anforderungen an die Ausbildung, Größe und Belastbarkeit für Straßen und Zuwegungen, die durch die Feuerwehr benutzt werden, entsprechen den Vorgabewerten der DIN 14090, sollten Fahrzeuge der örtlichen Feuerwehr höhere Gesamtgewichte als 16 t aufweisen, sind die tatsächlichen Gesamtgewichte dieser Fahrzeuge als Bemessungsgrundlage heranzuziehen.

6 Immissionsschutz

Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs.7 BauGB sind die Belange des Immissionsschutzes entsprechend zu würdigen. Durch Windenergieanlagen werden regelmäßig Schallimmissionen verursacht, die in Form von

monotonen Summtönen und Schlaggeräuschen auftreten, während z.B. auch durch Schlagschatten und Reflexionen („Disko-Effekt“) schutzbedürftige Nutzungen in der Umgebung beeinträchtigt werden können. Jedoch kann darauf hingewiesen werden, dass auch durch die stetige Weiterentwicklung der Anlagentechnik und eine Optimierung der Rotorblattprofile sowie des nahezu ausschließlichen Einsatzes von drehzahlvariablen Anlagen mit verstellbaren Rotorblättern (sog. „pitchgesteuerte“ Anlagen) und variablen Betriebsmodi bereits erhebliche Fortschritte im Zusammenhang mit dem Emissionsverhalten von Windenergieanlagen erreicht worden sind. Zur Vermeidung von Schlagschatten können moderne Anlagen mittlerweile auch mit einer automatischen Schattenwurfsabschaltung zu kritischen Zeiten ausgerüstet werden, während bezüglich Reflexionen ebenfalls versucht wird, diese durch den Einsatz matter und nicht reflektierender Oberflächen für Rotorblätter und Anlagentürme zu reduzieren. Schließlich ist auch die Kennzeichnungspflicht moderner Windenergieanlagen bei einer Gesamthöhe von mehr als 100 m im Zuge der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV) beachtlich. Lichtimmissionen durch eine erforderliche Befeuerung können jedoch bei modernen Windenergieanlagen ebenfalls gesteuert und reduziert werden. Diesbezüglich wird auf die Ebene der Vorhabenszulassung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verwiesen.

Die Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Belange erfolgt unterstützt durch entsprechende Fachgutachten vor allem auf Ebene der Vorhabenszulassung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz, sodass vorliegend kein weiterer Handlungsbedarf besteht, zumal keine schutzwürdigen Nutzungen innerhalb eines 1.000-m-Radius zu den Standorten der geplanten Windenergieanlagen bestehen. Die Anlagen haben einen Abstand zur Ortslage von Todenhausen von 1000m und zu Mellnau von mind. 1.800 m.

7 Denkmalschutz

Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies gemäß § 20 HDSchG dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (Abt. Archäologische Denkmalpflege) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind gemäß § 20 Abs. 3 HDSchG bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen.

Im Zuge der weiteren Planung gilt es die mögliche Beeinträchtigung der Burg Mellnau durch eine Landschaftsbildanalyse zu bewerten. Dies kann allerdings erst auf Ebene des Bebauungsplanes und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz erfolgen, da auf diesen Planungsebenen die Anlagenstandorte und Anlagentypen abschließend festgelegt werden.

8 Altlasten

Der Stadt Wetter liegen keine Erkenntnisse über Altlasten oder Altstandorte im Plangebiet vor.

9 Bodenordnung

Ein Verfahren zur Bodenordnung i.S.d. §§ 45ff. BauGB ist nicht vorgesehen.

Wetter und Linden, 24.04.2014

Bearbeitung: Dipl.-Geograph Mathias Wolf, Stadtplaner AKH / SRL
Dipl.-Geograph Julian Adler, Stadtplaner AKH

Vorentwurf 04/2014

(BG_Wetter_FNP AeWind_41.doc)